

Anrede,

dass das politische Braunschweig noch einmal über Minna Faßhauer debattieren würde, hätte ich nie gedacht. Der Linken muss man dazu gratulieren, dass sie mit ihrem Antrag Faßhauer dem Vergessen entrissen hat. Aber was nun das Ergebnis dieses Erinnerungsprozesses sein wird, ist ja noch nicht abschließend beantwortet, auch wenn der ursprüngliche Antrag im Rat wohl keine Chancen mehr hat.

Die Debatte um Minna Faßhauer wird bisher viel zu sehr aus dem Bauch heraus (auf der einen Seite) oder mit Schaum vor dem Mund (von der anderen Seite) geführt. Auch das Gutachten von Herrn Biegel lässt zu sehr das vermissen, was die Aufgabe von Historikern in solchen Situationen ist: zu differenzieren. Es traf nicht ins Schwarze, wenn Gisela Ohnesorge – ist sie hier? – im Rat sagte: „Was soll es wohl an neuen Erkenntnissen geben?“ Selbst bei den Fakten ist noch manches unklar, aber Erkenntnisse sollten auch Reflektionen einschließen, und das Nachdenken über Minna Faßhauer ist noch nicht so weit gedungen, dass man die Beschäftigung mit ihr abschließen könnte.

Heute Abend soll es vorrangig um Minna Faßhauers politische Aktivitäten nach ihrem Bruch mit der Sozialdemokratie gehen, der Anfang 1919 vollzogen wurde. Für die Zeit davor will ich daher nur kurze Stichworte nennen: Minna Faßhauer, Jahrgang 1875, arbeitete als Dienstmädchen, als Waschfrau und in der Konservenindustrie. So liest man es jedenfalls in den wenigen biographischen Artikeln über sie; ob alles zutrifft, sei dahingestellt. Gerade die „Waschfrau“ wurde gerne herangezogen, wenn bürgerliche Blätter sie herabwürdigen wollten. Auch „Flaschenspülerin“ und „Kinoplatzanweiserin“ gehörten zu diesem Repertoire beleidigend gemeinter Attribute.

Mit etwa 30 Jahren begann Minna Faßhauer, sich politisch zu engagieren, vornehmlich in der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Bei der Spaltung der Partei 1916/17 schloss sie sich – wie die große Mehrheit der Braunschweiger Genossinnen und Genossen – der USPD an, die die Fortsetzung des Weltkrieges und die Bewilligung der Kriegskredite ablehnte. Zugleich trat sie auch dem Spartakusbund von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bei, der zu dieser Zeit noch innerhalb der USPD wirkte. Beide, Luxemburg und Liebknecht, lehnten zu diesem Zeitpunkt eine völlige organisatorische Trennung von der Sozialdemokratie noch ab, wollten lieber in ihr wirken als von außen auf sie einwirken.

Faßhauer gehörte auch dem so genannten Revolutionsklub an, der in Braunschweigs USPD während des Ersten Weltkriegs die Fäden in der Hand hielt. Daher war es nur konsequent, dass Minna Faßhauer auch Mitglied der Braunschweiger Revolutionsregierung wurde; am 10. November 1918 übernahm sie das Volksbildungsressort.

Aus ihrer kaum mehr als drei Monate währenden Tätigkeit sind zwei Dinge von bleibender historischer Wirkung: dass sie die erste Ministerin in der deutschen Geschichte war und dass sie das Schulwesen von der Kontrolle durch die Kirche befreite. Die Bedeutung der Wahl einer Frau in die Braunschweiger Revolutionsregierung wird erst recht verständlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass es während der gesamten Weimarer Republik keine Frau in der Reichsregierung gab und nach meinem Überblick nach Minna Faßhauer auch keine Frau in einer Landesregierung. Erst 1947 wurde wieder eine Frau Landesministerin, Christine Teusch in Nordrhein-Westfalen.

Nachhaltig war Faßhauers Entscheidung vom 21. November 1918, die kirchliche Aufsicht über die Schulen abzuschaffen und sie dem Staat zu übertragen.

Die Kirche fühlte sich durch diese heute selbstverständlich erscheinende Maßnahme derartig provoziert, dass sie das Angebot, in der staatlichen Volksschulkommission mitzuarbeiten, ablehnte.

Ansonsten aber war Minna Faßhauer keine der entscheidenden Persönlichkeiten der Braunschweiger Novemberrevolution. Dies waren auf der Linken die USPD-Politiker Sepp Oerter, Chef der Regierung, und August Merges, Kopf des Revolutionsklubs, sowie der MSPD-Führer Heinrich Jasper. Merges und auch Minna Faßhauer gerieten schnell in immer schärferen Konflikt mit Sepp Oerter. Sie kritisierten, dass Braunschweig unter Oerter nicht auf ein reines Rätssystem setzte, sondern sehr bald Landtagswahlen ausschrieb, also den parlamentarischen Weg ging. August Merges war eigentlich einer der einflussreichsten sozialdemokratischen Politiker vor Ort, aber in den Revolutionstagen hatte er das rein repräsentative Amt des Präsidenten der Sozialistischen Republik Braunschweig angenommen und nicht realisiert, dass er damit weniger Macht hatte als heute der Bundespräsident. Jedenfalls verlor er den Streit mit Oerter um die künftige Verfassung der Sozialistischen Republik Braunschweig.

Als Konsequenz aus ihrer Niederlage schieden Faßhauer und Merges Ende Februar 1919 aus der Braunschweiger Regierung aus und legten auch ihre Landtagsmandate nieder, Merges außerdem sein Reichstagsmandat, das er wenige Wochen zuvor auf der USPD-Liste errungen hatte. Im März beteiligten sich beide an der Gründung der Braunschweiger KPD. Von nun an werden die Quellen über Minna Faßhauer spärlich; aber wenn man die wenigen Berichte mit Informationen über die allgemeine Entwicklung des Braunschweiger Linksradikalismus und insbesondere über den weiteren Weg von August Merges zusammenführt, lässt sich doch mehr und präziseres über Faßhauers politische Entwicklung sagen, als in den letzten Monaten in Umlauf gebracht wurde.

Im Herbst 1919 zerbrach die KPD reichsweit. Eine sehr starke Gruppe votierte prinzipiell gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen – wie dies schon der Gründungsparteitag getan hatte – und für die Gründung eigener Gewerkschaften. Die bisherigen Gewerkschaften wurden als zu kompromisslerisch abgelehnt. Zu dieser Strömung gehörte auch August Merges. In Braunschweig gewann die syndikalistische, also auf Gewerkschaften als wichtigstes Kampforgan setzende Richtung unter dem Namen „Revolutionäre Betriebsorganisation“ im Herbst und Winter 1919/20 kurzzeitig Einfluss in einigen der traditionellen Gewerkschaften, insbesondere unter den Eisenbahnern. Vermutlich machte auch Minna Faßhauer hier mit. Jedenfalls schloss sie sich, wie auch August Merges, der Kommunistischen Arbeiterpartei an, die im April 1920 vom früheren linken Flügel der KPD gegründet wurde. Merges gehörte zu den Führungsfiguren und vertrat die Partei auf dem zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1920 in Moskau. Hier kam es zum Bruch mit der bolschewistischen Führung. Merges berichtete nach der Rückkehr aus Russland in Vorträgen und Zeitungsartikeln von seinen Erfahrungen. Für ihn und die Mehrheit der KAPD, sicherlich auch für Faßhauer, herrschte in der Sowjetunion nicht das Proletariat, sondern eine Partei, die bolschewistische. Dies war nicht der Weg, den Merges und Faßhauer einschlagen wollten.

Die KAPD hatte 1920 in ganz Deutschland 80.000 Mitglieder und war damit mindestens so stark wie die KPD. In Braunschweig mag sie einige Hundert Mitglieder gehabt haben, was im Vergleich zu den 7.000 von USPD und SPD aber wenig war.

Merges und Faßhauer hatten im November 1918 in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der politisch aktiven Arbeiterinnen und Arbeiter Braunschweigs gehandelt, nun aber standen sie im Abseits, und das blieb in den Folgejahren so. Als sich beide der KAPD anschlossen, dominierte die USPD, wie bereits seit 1917, die linke Hälfte der politischen Szene des Landes Braunschweig. Sie war weiterhin deutlich stärker als die MSPD und sie stellte den Ministerpräsidenten – einzigartig in Deutschland. Die Koalition der USPD mit den gemäßigten Sozialdemokraten hielt bis 1922. Große Teile des Bürgertums hielten bereits die USPD für linksradikal, ein Etikett, das auch die KPD und die KAPD für sich beanspruchten. Worin unterschieden sich diese drei Parteien? Die USPD hatte sich 1919 für den parlamentarischen Weg entschieden, auch wenn sie grundsätzlich das Räteresystem durchaus befürwortete. Die KPD, die die Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 1919 noch boykottiert hatte, trat 1920 zur Neuwahl an, erhielt aber nur 2 %. Uneingeschränkt unterstützte sie die bolschewistische Herrschaft in der Sowjetunion, während die USPD im Laufe des Jahres 1920 über dieser Frage zerbrach. Die Mehrheit verschmolz mit der KPD, die Minderheit blieb selbständig. In Braunschweig war es umgekehrt: die Mehrheit der USPD lehnte den KPD-Beitritt ab, weil die innerparteiliche Demokratie bei den Kommunisten nicht gesichert war.

Für die KAPD von Faßhauer und Merges waren KPD und USPD opportunistische Schwächlinge, denen es an revolutionärem Eifer fehlte. Die KAPD meinte, dass eine sozialistische Revolution in Deutschland immer noch möglich war, wenn man denn nur entschieden genug wollte. Im Wege stünden die bisherigen linken Parteien und Gewerkschaften, weil sie bürgerliche oder kleinbürgerliche Ideen im Proletariat verbreiteten; sie müssten zerschlagen werden. Die KAPD forderte zum „Kampf bis zur Vernichtung“ gegen die kapitalistische Gesellschaft auf, einen Kompromiss mit „dem Todfeind“ könne es nicht geben. Schon damals konnte man erkennen, dass dies ein Irrtum war. Die Lage war nicht reif für einen erfolgsversprechenden Aufstand des Proletariats, und selbst wenn die Aussichten dafür so gut gestanden hätten, wie es die KAPD fälschlich annahm, hätte das einen Bürgerkrieg in Deutschland und die militärische Intervention der Alliierten bedeutet – millionenfaches Elend also wie in Russland. Aber der Streit mit der KPD ging auch um die Frage, was nach der Revolution kommen sollte. Für die Beurteilung von Minna Faßhauer ist dies ein wichtiger Punkt. Sicherlich war sie ab 1919 eine Gegnerin des Parlamentarismus.

Aber es zeugt von wenig Kenntnis des deutschen Linksradikalismus, wenn man so tut – wie dies in der Debatte in Braunschweig geschehen ist –, als habe Faßhauer freiheitsfeindliche Positionen wie Thälmanns KPD und wie Stalins KPdSU vertreten. Der entscheidende Dissens zwischen Faßhauer, Merges und der KAPD auf der einen Seite, der KPD auf der anderen Seite waren die politischen Lehren aus der Oktoberrevolution. Merges' Urteil war, wie erwähnt, eindeutig: In Russland herrschten nicht die Arbeiter, sondern die kommunistische Partei. Die Schlussfolgerung der KAPD daraus, somit auch von Minna Faßhauer, lautete, eine Parteienherrschaft grundsätzlich abzulehnen. Ihre Alternative war also nicht die parlamentarische Demokratie à la Weimarer Reichsverfassung oder im Sinne des Grundgesetzes. Sie forderten eine Diktatur des Proletariats, in der nur die arbeitende Bevölkerung über politische Rechte verfügen sollte; es sei – so das Programm der KAPD – „unsinnig“, „auch der ausbeutenden Kapitalistenklasse politische Rechte“ einzuräumen. Deswegen ist auch Unsinn, wenn von der Linken so getan wird, als habe Minna Faßhauer die Gleichheit aller propagiert. Für die Unterdrückung der Kapitalisten war sie durchaus. Die Diktatur des Proletariats sollte aber nicht zur Herrschaft einer einzigen Partei führen. Mit dem Demokratieverständnis heutiger Tage (und auch mit dem der Sozialdemokratie der 1920er-Jahre) ist das nicht vereinbar, aber doch auch meilenweit entfernt von der bolschewistischen Herrschaft, egal ob unter Lenin oder unter Stalin. Was die KAPD vertrat, war auch die Forderung des Aufstands von Kronstadt 1921, den Trotzki und Lenin unter dem Applaus der KPD blutig unterdrückten: „Alle Macht den Räten – Keine Macht der Partei!“.

Der völlig überzogene Optimismus der KAPD, man könnte es auch Abenteuerertum nennen, brachte einige unter den Braunschweiger Linksradikalen 1921 auf die Idee, mit Anschlägen eine Revolution auslösen zu können. Nur zur Erinnerung: Immer noch regierte im Freistaat Braunschweig die USPD in Koalition mit der SPD, im Reich koalitierten SPD, das katholische Zentrum und die linksliberale DDP, also die Stützen der parlamentarischen Demokratie. Diese Regierungen sollten gestürzt werden, so stellten es sich die Linksradikalen vor. Definitiv nicht mit dabei war August Merges, wohl aber sein Sohn Alfred. Minna Faßhauer war nur am Rande involviert, aber wohl nicht gänzlich unbeteiligt.

Schon ab November 1920 hatte es in Braunschweig und Umgebung Raubüberfälle auf Poststellen gegeben, die vermutlich dazu dienten, Geld für die späteren Anschläge zu besorgen. Ende Juni 1921 erfolgte die erste Sprengstoffattacke, gegen den Tennisclub – damals ein bürgerliches Symbol par excellence. Erst danach kam Minna Faßhauer ins Spiel. Laut Anklage und Urteil führte sie am 5. Juli 1921 zwei der Attentäter zu einer Person, die ihnen – so soll Faßhauer gesagt haben – Auskunft geben könnte, ob und wo Dynamit beschaffbar sei. Anders ausgedrückt: Faßhauer wurde laut Urteil gefragt: Kennst du jemanden, der uns Dynamit besorgen kann? Und sie antwortete: Frag mal den und den. Damit endet Faßhauers Verwicklung auch bereits. Sie selbst bestritt stets, diesen Tipp gegeben zu haben. Sie sei an dem Ganzen unbeteiligt. Jedenfalls kam es im Juli zu drei weiteren Attentaten, z. B. auf die Garnisonskirche.

Am 6. September 1921 wurden mehrere Verdächtige verhaftet, darunter Minna Faßhauer. Fast alle stammten aus den Reihen der KAPD. Bis zum Prozess Ende März 1922 blieben sie in Untersuchungshaft. Während die Hauptangeklagten, darunter August Merges' Sohn Alfred, zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, blieb es für Faßhauer bei 9 Monaten. Sie wurde umgehend aus der Untersuchungshaft entlassen, in der sie nun schon seit fast sieben Monaten gesessen hatte. Der Verteidiger Victor Fränkl, selbst Mitglied der linksradikalen Freien Arbeiter-Union Deutschlands und laut Wikipedia damals „Staranwalt für politisch Verfolgte“, kritisierte zwar den Untersuchungsrichter scharf, dankte aber dem Vorsitzenden Richter für die mustergültige Verhandlungsführung. Dies festzuhalten ist wichtig, weil es derzeit Stimmen gibt, die das Verfahren von 1922 als von vorne bis hinten parteiisch darstellen.

Die Attentäter von Braunschweig hatten mit ihrer Einschätzung der Lage völlig daneben gelegen. Ihre Aktionen bewirkten politisch nichts, jedenfalls nichts Positives. Die KAPD zerfiel, wie es bei Sekten ohne Verbindung zu den Massen immer wieder zu beobachten ist. Im Oktober 1922 hatte die Gewerkschaft der KAPD, die Allgemeine Arbeiterunion, in Braunschweig ganze 200 Mitglieder.

Minna Faßhauer ließ sich dadurch nicht beirren. Bei erneuten Teuerungsunruhen im August 1923 meldete sie sich mit scharfer Kritik an der KPD zu Wort. Als ihr ein KP-Mitglied daraufhin zurief: „Man nicht aufregen!“, antwortete sie mit einem Satz, der als Motto ihres politischen Lebens gelten kann: „Feste aufregen!“ Und weiter sagte sie: „Hört nach keiner Partei, sondern fordert den Sturz der ganzen Gesellschaft, des ganzen Systems und verlangt die Diktatur des Proletariats! [...] Arbeitet nicht eher wieder, ehe nicht alle Forderungen erfüllt sind und rüstet Euch zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft.“ Aus dem „rüstet“ machen heute einige, dass dies ein Aufruf zur Bewaffnung gewesen sei; sprachlich kein überzeugendes Argument, denn man „rüstet“ sich auch für Herausforderung oder für eine Debatte, ohne deshalb bewaffnet zu sein. Womöglich fehlt den heutigen Urhebern solcher Kurzschlüsse einfach das geistige Rüstzeug.

Sicherlich war Minna Faßhauer auch 1923 noch zu einem bewaffneten Aufstand bereit. Seit 1922 heizte die Hyperinflation in ganz Deutschland die sozialen Auseinandersetzungen an. Selbst Braunschweigs SPD, nun nach dem Zusammenschluss von USPD und MSPD wieder vereint, war jetzt bereit, vom Weg der Legalität abzuweichen. Ewald Vogtherr, designierter Braunschweiger Justiz- und Innenminister und Urgroßonkel des heutigen Vorsitzenden der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Thomas Vogtherr, der in scharfen Worten gegenüber Oberbürgermeister Hoffmann vor einer Ehrung Faßhauers warnte, Vogtherr sen. also schrieb damals im „Volksfreund“: „Wir müssen selbst über gewisse Legalitäten hinwegschreiten, wenn es gilt, die Notwendigkeiten der Arbeiterklasse zu verlangen“. Kein gutes Deutsch, aber die Botschaft ist leicht verständlich: Zur Not müssten auch Gesetze missachtet werden, um der Not der Arbeiterschaft abzuhelpfen. Heinrich Jasper stand mit seiner entschiedenen Ablehnung solcher Positionen ziemlich alleine.

Im Sommer 1923 kam es in vielen Orten des Freistaates zu Demonstrationen und Unruhen. Aber keine Partei konnte von ihnen profitieren; sie entglitten jeglicher Kontrolle, auch der der KPD – anders als im übrigen Deutschland. Eine weitere Braunschweiger Besonderheit war, dass 1923 nicht nur die KPD so genannte Proletarische Hundertschaften bildete, sondern auch die SPD. Im Oktober kam es gar zu Gesprächen zwischen SPD und KPD Braunschweig über eine „Arbeiterregierung“, die die Koalition der Sozialdemokraten mit der linksliberalen DDP ablösen würde.

Aber die Motive beider Seiten gingen sehr auseinander: Die SPD suchte einen Bündnispartner zur Verteidigung der Republik gegen rechts, die KPD hoffte auf eine sozialistische Revolution.

Minna Faßhauer stand mit ihren Revolutionsaufforderung im Sommer und Herbst 1923 also nicht völlig abseits der Stimmung in der politisch aktiven Arbeiterschaft Braunschweigs. Aber mit der Trennung erst von der USPD, dann von der KPD, mit ihrer pauschalen Kritik an den Parteien und den Gewerkschaften stellten sie und ihre rätekommunistischen Genossinnen und Genossen dennoch keinen ernst zu nehmenden Faktor dar, auch nicht in der aufgeheizten Situation des Jahres 1923.

Ab Ende Oktober 1923 wendete sich im Reich und in Braunschweig das Blatt. Die Reichsregierung setzte die sächsische SPD-KPD-Regierung ab; es gelang, die Hyperinflation zu brechen, und der Hitler-Putsch am 9. November 1923 in München scheiterte. Rasch stabilisierte sich die Republik, jegliche Revolutionshoffnungen auf der Linken zerstoßen. Von nun an, seit Ende 1923, stand Minna Faßhauer ebenso wie August Merges völlig isoliert da, wurden – wie mir Zeitzeugen vor Jahren noch berichten konnten – zu belächelten Randfiguren, die man trotz wichtiger Taten während der Novemberrevolution nun nicht mehr ernst nahm.

Bedeutungslosigkeit hindert politische Sekten bekanntlich nicht vor weiteren Spaltungen; eher befördert sie die Zellteilung. In Braunschweig existieren die anarcho-syndikalistische Freie Arbeiterunion, die rätekommunistische Allgemeine Arbeiterunion-Einheitsorganisation von August Merges und seinem Schwiegersohn Artur Krull (ich komme später auf ihn zurück) und Minna Faßhauers ebenfalls rätekommunistische Allgemeine Arbeiterunion – Revolutionäre Betriebsorganisation nebeneinander her. Bitte ersparen Sie mir, die Unterschiede herausarbeiten zu müssen. Wer die maoistischen Kleinorganisationen der Siebzigerjahre und ihre Spaltungen erlebt hat, weiß, wie bedeutungslos diese Differenzen außerhalb des Kosmos' dieser Grüppchen waren. Aber eines muss man konzedieren: Gerade das hartnäckige Beharren auf den Prinzipien der jeweiligen Kleinorganisationen, zu denen an prominenter Stelle die Ablehnung der bolschewistischen Diktatur in der Sowjetunion gehörte, hat Faßhauer und Merges davor bewahrt, sich der Thälmannschen KPD



anzuschließen, die jede Wende Stalins mitmachte und dessen Diktatur als Vaterland der Werktätigen verherrlichte. Auf diesem Auge waren Faßhauer und Merges nicht blind.

Die letzte Nachricht von Minna Faßhauer vor 1933 stammt aus dem Jahr 1926: August Merges' Organisation verschmolz auf Reichsebene mit dem linkskommunistischen Spartakusbund 2; Minna Faßhauer und ihr Grüppchen machten da nicht mit. Auf der Konferenz in Göttingen, die August Merges leitete, fielen starke Worte gegen die Sowjetunion: Sie sei „heute ein echt kapitalistischer Klassenstaat“. Stalin sei „ein Verräter des Proletariats“. Ein Jahr später zerbrach auch diese neue Organisation bereits wieder.

Nun ein Sprung in die Zeit ab 1933. Nach eigenem Bekunden und auch nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig aus dem Jahr 1935 beteiligte sich Minna Faßhauer nicht an Aktivitäten gegen die NS-Herrschaft. Das schließt zwar nicht aus, dass sie dies dennoch tat, denn es vor Gericht zuzugeben bedeutete nicht unbedingt Strafminderung, aber die Wahrscheinlichkeit dafür ist nicht groß. Jedenfalls gibt es keine Belege dafür. Daher wurde sie im Oktober 1935 freigesprochen, obwohl der Richter ein NS-Karrierejurist war, während August Merges drei Jahre Zuchthaus erhielt. Merges nutzte den Prozess, um sich noch einmal von der KPD zu distanzieren. Die Partei diskreditiere den Kommunismus. Trotz des Freispruchs wurde Minna Faßhauer, die seit Mai 1935 in Untersuchungshaft saß, in sogenannte Schutzhaft genommen, das heißt, sie wurde in das Frauen-KZ Moringen eingeliefert. Auch wenn sie dort nur bis Januar 1936 festgehalten wurde, litt sie bis an ihr Lebensende unter den Gesundheitsschäden, die aus der KZ-Haft rührten. Bis 1945 blieb sie unter Gestapo-Überwachung und musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen.

Nach der Befreiung von der NS-Diktatur stand auch Minna Faßhauer vor der Frage, ob und wenn ja wo sie sich wieder politisch engagieren sollte. Es gab bei vielen Linken die Hoffnung, dass der Sieg über den Faschismus zu mehr Freiheit in der Sowjetunion und damit auch zu größerer Offenheit in den kommunistischen Parteien führen würde. Auch gesamtgesellschaftlich war die KPD noch akzeptiert. Ab 1946 gehörte die Partei der Niedersächsischen Landesregierung an. Bis 1948 saßen KPD- und CDU-Minister gemeinsam in der Landesregierung! Nicht wenige Linke, die in den Jahren vor 1933 mit der KPD gebrochen hatten, kehrten nun zu ihr zurück, in der Hoffnung, die Partei habe sich geändert.

Frühere Rätekommunisten gehörten aber in der Regel nicht dazu. Insofern stellt Minna Faßhauer eine Ausnahme dar. Aber auch Artur Krull, der Mitangeklagte von 1922, schloss sich der KPD an. Sein Schwiegervater, August Merges, musste diese Entscheidung nicht mehr treffen, denn er war Anfang März 1945 an den Folgen der Gestapofolter gestorben.

Faßhauer wurde nun in der KPD-Frauenarbeit aktiv und kandidierte für die Partei zum Rat der Stadt Braunschweig, wurde aber nicht gewählt. Mehr Erfolg hatte der Freund der Familie Artur Krull. 1946 vertrat er die KPD im Braunschweigischen und ab April 1947 auch im Niedersächsischen Landtag. Aber schon im Oktober 1947, nach nur sechs Monaten, legte er sein Mandat nieder. Wer als Grund dafür politische Differenzen vermutet, liegt richtig, aber dazu komme ich gleich.

1949 starb Minna Faßhauer. Die SPD-nahe „Braunschweiger Presse“ berichtete so: „Am Donnerstag, 28.7. verstarb infolge eines Gehirnschlags im Alter von 74 Jahren die in der Braunschweiger Arbeiterbewegung bekannte Sozialistin [man beachte: nicht Kommunistin!] Minna Faßhauer. Minna Faßhauer nahm an einer Frauenversammlung der KP im Ärztehaus teil und sprach in der Diskussion sachlich zum Referat. In klaren aber leidenschaftlichen Worten wehrte sie sich gegen den Angriff des Kreisleiters Zscherpe und wies die von diesem vertretene Kollektivschuld des deutschen Volkes zurück. Sie forderte die Frauen und Mütter auf, mitzuhelfen, dass zukünftige Kriege verhindert würden. Internationale Verständigung unter den Völkern zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens in der Menschheit waren ihre letzten Worte. Darauf brach sie an einem Gehirnschlag zusammen und verstarb, ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben, am anderen Morgen im Landeskrankenhaus. Wie wir aus Parteikreisen der KP hören, ist sie infolge ihres offenen Freimuts und ihrer kritischen Einstellung zur Parteipolitik der KP durch den plötzlichen Tod ihrem Ausschluss zuvorgekommen. Der Angriff des linientreuen Kreisleiters Zscherpe soll die Ursache des plötzlichen Gehirnschlags gewesen sein.“

Im Klartext: Nach Artur Krull war nun auch Minna Faßhauer auf dem Weg aus der KPD heraus gewesen. Dass sie sich gegen die These von der Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes am Aufstieg Hitlers und an den Verbrechen der Nazis wehrte, überrascht nicht.

Aber die KPD zeichnete sich seit Thälmanns Zeiten besonders dadurch aus, dass sie jeden Schwenk Stalins blind nachvollzog; auf diesem Weg verlor sie ihre besten Mitglieder. Dazu gehörte 1949 auch Rudolf Wiesener, der drei Jahre zuvor noch als Arbeitsminister die Kommunisten in der letzten braunschweigischen Landesregierung vertreten hatte.

Angesichts dieses bisher in der Debatte um eine Würdigung Faßhauers nicht beachteten letzten Kapitels ihres politischen Werdegangs nimmt es nicht Wunder, dass der Streit um ihr politisches Vermächtnis schon am Grab begann. Die SPD beließ es bei einem Kondolenzschreiben, aber immerhin! Die KPD beanspruchte die Revolutionärin und Antifaschistin für sich, obwohl sie in ihren fast 45 Jahren politischer Aktivität ganze fünf Jahre der Partei angehört hatte, 1919 und ab 1945. Robert Gehrke, seit der Parteigründung Anfang 1919 Braunschweigs führender Kommunist Moskauer Prägung, hielt eine der beiden Trauerreden. Der zweite Trauerredner war Artur Krull. Krull war, wir erinnern uns, zusammen mit seinem Schwiegervater August Merges in den Zwanzigerjahren in einer rätekommunistischen Organisation gewesen. Zwei Jahre nachdem er sein KPD-Mandat im Landtag niedergelegt hatte, beschwor er nun Minna Faßhauers und deren (wie auch seine) rätekommunistischen Ideale der Weimarer Zeit und wetterte gegen die „privatkapitalistischen“ wie auch gegen die „staatskapitalistischen Herrscher“.

„Staatskapitalistisch“ aber stand damals bei allen nicht Moskau-treuen Linken eindeutig für die Sowjetunion. Seine Rede kann nicht anders als antistalinistisch verstanden werden. Er positionierte die Tote und sich selbst als Kritiker der Herrschaft der KPdSU. Die Parteien, auch die KPD, nannte er „totalitär“. Gerd Biegel, der diese Passagen zitiert, ist deren Bedeutung entgangen. 1950 brach Krull endgültig mit dem Kommunismus und schloss sich der SPD an.

Damit komme ich zur generellen Frage, ob Minna Faßhauer eine Ehrung oder eine Würdigung verdient hat oder wie sonst mit der Erinnerung an sie umgegangen werden soll. Wenn man sich anschaut, wer in Braunschweig schon alles geehrt wurde, könnte man durchaus auch für Minna Faßhauer eine Ehrung begründen: Nach Viktoria Luise – bisher nicht als engagierte Demokratin bekannt – wurde eine Straße benannt und Carl Heimbs, der die Idee hatte, wie man am besten Adolf Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft besorgen konnte, ist immer noch Ehrenbürger.

Aber Fehlentscheidungen werden nicht dadurch besser, dass man sie als Freibrief für neue unreflektierte Beschlüsse auffasst. Als Vorbild in einer parlamentarischen Demokratie taugt auch Minna Faßhauer nicht. Aus ihrem Lebensweg und aus der deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sollte man eher lernen, wie wichtig die parlamentarische Demokratie ist – und dafür stand Faßhauer nicht.

Minna Faßhauer kämpfte für eine neue Klassenherrschaft, keine „Gleichheit Aller“, wie Heide Janicki uns weismachen will. Von solchem Schmusesozialismus hielten Rätekommunisten nichts. Und Minna Faßhauer war eine Gewerkschaftsspalterin, das sollte man gerade in diesem Hause auch nicht unter den Teppich kehren, so wie es die DKP in ihrer Dokumentation zu Faßhauer tut (was um so mehr verwundert, als Heide Janicki in der DKP-internen Auseinandersetzung eine Betriebs- und Gewerkschaftspolitik wie die von Faßhauer als „sektiererisch“ bezeichnet hat). Faßhauer vertrat ein Politikkonzept, das Kompromisse verwarf, stattdessen den Kampf bis zum vollständigen Sieg über den Gegner propagierte. Diese Haltung ist eine der wichtigsten Ursachen für den europäischen Bürgerkrieg der Jahre 1914 - 1945. Linksradikalismus definiert sich gerade darüber, dass er Kompromisse weitestgehend ablehnt. In Braunschweig war der Boden dafür fruchtbarer als anderswo, weil Unternehmer und Herrschende, d. h. die herzogliche Landesregierung, bis 1918 jegliche Reformen und jegliches Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterbewegung entschieden abgelehnt hatten als in den anderen Teilen des Deutschen Reiches.

Klassenkampf von oben - das war in Braunschweig keine Parole, sondern Realität.

Der Erfolg der parlamentarischen Demokratie nach 1945 beruht gerade auf der Kompromissbereitschaft der Beteiligten. Als Vorbild also für heutige Politik kann Minna Faßhauer schwerlich dienen. Das ändert nichts daran, dass ihr Eintreten gegen den Ersten Weltkrieg und ihr Kampf gegen Ausbeutung und Elend Respekt verdient. Und wenn es um den Widerstand gegen den Nationalsozialismus geht, treten sonstige Bedenken gänzlich zurück. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 8. Mai 1985 klargestellt, dass auch der Widerstand von Kommunisten gewürdigt werden muss. Und dass nicht alle Verschwörer des 20. Juli 1944 lupenreine Demokraten waren, dürfte sich auch in Braunschweig herumgesprochen haben. Ginge es also nur um die Frage, ob Minna Faßhauer als Antifaschistin zu würdigen wäre, fiel die Antwort leicht.

Aber der Antrag der Linken zielte auf ihr gesamtes Lebenswerk, und dann muss man auch damit leben, dass nichts ausgeklammert wird.

Dazu gehört auch die Frage, ob es denn Minna Faßhauer überhaupt recht wäre, von diesem Staat geehrt zu werden. Da habe ich meine Zweifel. Sie beginnen schon damit, dass die rätekommunistische Bewegung nun wahrlich jedem Personenkult abhold war. Und soll es in Faßhauers Sinn sein, wenn man heute über alle Differenzen und Differenzierungen hinweg so täte, als gäbe es keine fundamentalen Unterschiede zwischen der Gesellschaft, die sich Minna Faßhauer erträumte, und der, die wir heute geschaffen haben? Das bedeutet nicht, in den Chor der Faßhauer-Kritiker von rechts einzustimmen. Sie als Terroristin zu bezeichnen, geht weit über das hinaus, wofür sie verurteilt wurde. Die KPD war nicht immer verfassungswidrig, wie Herr Hoffmann meint. 1946 - 1948 saß seine Partei mit der angeblich schon immer verfassungswidrigen Partei gemeinsam in der niedersächsischen Landesregierung.

Eingangs habe ich gesagt, dass der Linken im Rat das Verdienst gebührt, mit ihrem Antrag Minna Faßhauer wieder in Erinnerung gerufen zu haben. Aber sie ist dabei auf halbem Weg stehen geblieben. Deutlich wird dies z. B., wenn von der Linken im Rat der SPD vorgeworfen wird, nicht angemessen mit „ihrer eigenen Parteigeschichte“ umzugehen. Das ist ja bestenfalls die halbe Wahrheit, angefangen damit, dass Minna Faßhauer gerade 12, 13 Jahre der Sozialdemokratie angehörte, aber 30 Jahre lang außerhalb stand. In diesen 30 Jahren war Faßhauer Kommunistin, aber – ich habe wiederholt darauf hingewiesen – nicht als Bolschewistin, als Moskautreue. Der Moskautreue Traditionsstrang der deutschen Arbeiterbewegung mündete 1989/90 in der PDS, heute der Linken. Deswegen sage ich, dass Minna Faßhauer gerade für die Partei Die Linke eine stete Mahnung und Herausforderung ist, sich ihrer eigenen Vergangenheit zu stellen, in der die stalinistische Strömung dominierte. Hat es in der Debatte um Faßhauer Selbstkritisches von Seiten der Linken gegeben, z. B. zu den an verschiedenen Orten der Republik in dieser Partei immer noch stattfindenden "Thälmann-Ehrungen", des Mannes, der die KPD an Stalin auslieferte? Auch hier gilt: „Farbe bekennen!“

Am besten würdigt man Minna Faßhauer, wenn man sie ernst nimmt, auch in ihrer Ablehnung des Parlamentarismus.

Minna Faßhauer erinnert daran, dass es auch in der kommunistischen Bewegung Menschen und Gruppen gab, die eine Parteidiktatur ablehnten und die Freiheit nicht gänzlich der Herrschaft der Avantgarde opfern wollten, dass es Kommunisten gab, die Antistalinisten waren. Und natürlich erinnert Minna Faßhauer auch an den Kampf gegen Hitler, in dem politische Kräfte zusammenkamen, die sonst wenig bis nichts gemeinsam hatten. Im Übrigen aber steht Minna Faßhauer für eine Sackgasse, in die Teile der deutschen Linken gerieten. Darüber weiter zu debattieren, zu informieren, wie es der Antrag der SPD vorsieht, scheint mir besser, als per Ratsbeschluss kanonisch festzustellen, was Braunschweig von Minna Faßhauer hält. Aus dieser Debatte könnte dann auch endlich etwas resultieren, was immer noch fehlt: Eine angemessene Erinnerung an diejenigen, die im November 1918 der Monarchie ein Ende setzten und die Tür zu einer Demokratisierung Braunschweigs und Deutschlands öffneten. Bis zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution in fünf Jahren sollte das zu machen sein.